

BRASILIEN

Versklavt für Nestlé's Kaffee



Dank Ihnen!

Die Reportagen und Analysen in unserem Magazin und die Recherchen, auf denen diese beruhen, sind nur dank der Unterstützung unserer Mitglieder und Spender*innen möglich.

Sie sind bereits Mitglied?

Herzlichen Dank!

Doppelten Dank, falls Sie eine Mitgliedschaft verschenken.

publiceye.ch/geschenkabo

Sie sind noch nicht Mitglied?

Mit 75 Franken pro Jahr sind Sie dabei und erhalten regelmässig unser Magazin.

publiceye.ch/mitglieder

Oder wollen Sie uns zuerst kennenlernen?

Dann bestellen Sie gratis drei Ausgaben als Schnupperabo.

publiceye.ch/schnuppern

Wir freuen uns, von Ihnen zu hören.

REDAKTION & PRODUKTION

Romeo Regenass (D) und
Karine Pfenniger (F)

LAYOUT & INFOGRAFIK

opak.cc

COVER

opak.cc

DRUCK

Stämpfli Kommunikation, Bern
Rebello & PerlenValue, FSC

AUFLAGE

D: 26 500 Ex. / F: 9900 Ex.

ISSN

2504-1266

KONTAKT

Public Eye
Dienerstrasse 12
Postfach, 8021 Zürich

Tel. +41 (0)44 2 777 999

kontakt@publiceye.ch
publiceye.ch

Das Public Eye Magazin erscheint sechs Mal pro Jahr in Deutsch und Französisch. Mitgliedschaft inklusive Abonnement 75 Franken pro Jahr.

SPENDENKONTO

IBAN CH69 0900 0000 8000 8885 4



Für unseren Kaffeegenuss werden Menschen verklavt – und die Industrie schaut weg

Brasilien dominiert die globale Kaffeeproduktion mit rund 40 % der Erntemenge. Die Vormachtstellung geht auf einen Kaffeeboom im 19. Jahrhundert zurück, der wesentlich auf Sklaverei baute: Als es in Südostasien zu Produktionsausfällen kam und die Nachfrage in Europa wuchs, sprang Brasilien ein – und verklavte für die harte Arbeit auf den Plantagen Hunderttausende Menschen, mehrheitlich aus Zentralafrika.

Als letztes Land Amerikas schaffte Brasilien die Sklaverei 1888 ab. Doch mehr als 130 Jahre später sind ausbeuterische Bedingungen auf den Plantagen noch immer verbreitet, auch in Form sogenannter moderner Sklaverei: Meist männliche Erntearbeiter, viele mit afrikanischen Wurzeln, schufteten praktisch ohne Lohn unter unmenschlichen Bedingungen für mehrheitlich weisse Farmbesitzer. Beispielhaft dafür steht die Geschichte von Jurandir dos Santos und José Lima, die auf der Farm Mata Verde als Schuldknechte ausgebeutet wurden und uns ausführlich über das Erlebte berichteten, das sie bis heute verfolgt.

Früher profitierten neben den Landbesitzern vor allem europäische Handelshäuser vom lukrativen Geschäft mit dem Wachmacher. Heute sind es neben den Händlern – damals wie heute stammen viele aus der Schweiz – die Röstkonzerne, allen voran Nestlé mit Marken wie Nescafé und Nespresso.

Der Schweizer Weltmarktführer kennt die Missstände und gibt seit Jahren vor, sie nicht zu dulden. Doch unsere Recherchen zeigen: Der Kaffee von Farmen, die der brasilianische Staat der modernen Sklaverei überführt hat, ging an direkte Lieferanten Nestlés.

Befreien konnten sich die für ihre Revolten bekannten Sklavinnen und Sklaven damals schliesslich mithilfe von Druck aus Grossbritannien, wo die Sklaverei verpönt war. Heute kämpfen Arbeiter*innen mit unermüdlichen Appellen an die brasilianische Regierung und an die Konzerne. Doch ihre Vertreter*innen zeigen sich ernüchert: Nestlé und Co. seien schlicht nicht bereit, das für echte Verbesserungen notwendige Geld aufzuwenden.

Auch heute braucht es offenbar verstärkten politischen Druck, damit die Kaffeewirtschaft die Menschenrechte endlich über den Profit stellt – und die brutalste Form der Ausbeutung aus ihren Lieferketten verbannt.

Carla Hoinkes, Fachverantwortliche Landwirtschaft und Ernährung



04 **Bedroht und ausgebeutet: Als moderne Sklaven bei Nestlé's Kaffeelieferanten in Brasilien**

Eine exklusive Recherche von Public Eye in Zusammenarbeit mit Repórter Brasil bringt mehrere Fälle von moderner Sklaverei bei Kaffeelieferanten von Nestlé ans Licht. Dabei verspricht der Schweizer Konzern in diesem Punkt seit Jahren eine Nulltoleranz. Zwei Erntearbeiter erzählen, wie sie unter unmenschlichen Bedingungen schufteten, um ihren Lohn gebracht wurden und um ihr Leben fürchteten.



16 **Public Eye fordert einen Schweizer Modefonds**

Der Fonds kehrt den Fast-Fashion-Trend um. Händler, Hersteller und Importeure tragen Verantwortung für die Produkte, die sie in Verkehr bringen, und zahlen von der Verkaufsmenge abhängige Beiträge ein. Dabei gilt: Je nachhaltiger die Produkte, umso geringer der Beitrag. So setzen wir starke Anreize für gute, faire und langlebige Mode.

17 **Diese Initiativen könnten vom Modefonds profitieren**

Vom Repair Café über Projekte für bessere Arbeit bis hin zum Recycling von Polyester in Textilien: In der Schweiz und weltweit gibt es zahlreiche Initiativen, die sich bereits heute für unsere Vision einer gerechten, umweltfreundlichen und sozialen Kreislaufwirtschaft im Textilbereich einsetzen und vom Modefonds profitieren könnten.

20 **Es braucht strengere Regeln für Jobwechsel im Pharmabereich**

Eine Recherche von Public Eye zeigt erstmals das Ausmass der Seitenwechsel von Mitarbeitenden zwischen der Pharmaindustrie und den Regulierungsbehörden Swissmedic und Bundesamt für Gesundheit (BAG). Um Interessenkonflikte zu bekämpfen, braucht es eine strengere Regulierung.



Moderne Sklaverei: ausgebeutet bei Nestlé's Kaffeelieferanten

Eine exklusive Recherche von Public Eye in Zusammenarbeit mit Repórter Brasil bringt mehrere Fälle von moderner Sklaverei bei Kaffeelieferanten von Nestlé ans Licht. Dabei verspricht der Schweizer Konzern seit Jahren eine Nulltoleranz. Zwei betroffene Arbeiter erzählen, wie sie unter unmenschlichen Bedingungen schufteten, um ihren Lohn gebracht wurden und um ihr Leben fürchteten.

CARLA HOINKES UND FLORIAN BLUMER ILLUSTRATION: OPAK

Mir fehlen die Worte, um zu beschreiben, was ich durchgemacht habe», sagt Jurandir dos Santos. «Wenn ich nur schon an Kaffee denke, kommt die ganze Erinnerung hoch.» Dennoch hat sich der 50-Jährige dazu entschlossen, zu erzählen, was ihm widerfahren ist, nachdem er sich im April 2023 als Saisonarbeiter für die Kaffee-Ernte hatte anheuern lassen, gemeinsam mit seinem Freund José Ademilson de Jesus Lima. Beide hat ein Journalist von Repórter Brasil im März 2025 im Auftrag von Public Eye in ihrem jeweiligen Zuhause zum Gespräch getroffen.

Dos Santos und Lima leben beide in Aracaju, der Hauptstadt des Bundesstaats Sergipe im von Armut geprägten Nordosten von Brasilien. Aus dieser Region reisen jedes Jahr Zehntausende Saisonarbeiter in die Kaffeeanbaugebiete im wirtschaftlich bessergestellten Südosten des Landes. Der Bedarf an Arbeitskräften ist riesig: 40% der weltweiten Kaffeeproduktion stammt aus Brasilien (siehe Box auf Seite 6). Die Ernte erfolgt grossmehrheitlich in aufwendiger Handarbeit.

«Hier haben wir das Sagen»

Der 36-jährige José Lima erzählt, dass er 2022 erstmals als Erntehelfer gearbeitet hat: «Ich war arbeitslos und hatte mich von meiner Frau getrennt – also fuhr ich hin.» Das Geld, das er in den drei Monaten verdiente, die eine Ernte dauert, ermöglichte es ihm, an seinem Haus weiterzubauen, und die Arbeit sagte ihm zu – also zögerte er nicht, als ihn eine Vermittlerin kontaktierte und ihm einen Job auf der Kaffeefarm Mata Verde anbot. Dos Santos erzählt, dass die Frau ihnen geregelte Arbeitsverhältnisse und einen guten Lohn von mindestens

120 brasilianischen Reais pro Tag versprach. Dies entspricht, Stand April 2023, rund Fr. 21.50 und liegt deutlich über dem brasilianischen Mindestlohn von damals umgerechnet knapp 12 Franken pro Tag (236 Franken pro Monat). Weitere Bekannte, denen sie vom Angebot erzählten, schlossen sich ihnen an. →

Die Farm Mata Verde im Bundesstaat Espírito Santo, liegt 1200 Kilometer von Aracaju entfernt, der Hauptstadt des Bundesstaats Sergipe.





Nach einer zweieinhalb Tage langen Busreise, begleitet von ihrer Anwerberin, kommen sie am 18. April 2023 spätabends auf der Farm im rund 1200 Kilometer entfernten Bundesstaat Espírito Santo an. Die Farm, die auf etwa 50 Hektar Robusta-Kaffee produziert (siehe Box),

Kaffee Gigant Brasilien

In Brasilien werden jährlich rund 4 Millionen Tonnen Kaffeebohnen geerntet. Das Land ist damit mit Abstand der weltweit grösste Produzent des Agrarrohstoffs. Während im bergigen Landesinneren, insbesondere im Bundesstaat Minas Gerais, die als hochwertiger geltenden Arabica-Sorten angebaut werden, haben sich die Kaffeefarmer im Küstenstaat Espírito Santo auf Robusta-Kaffee spezialisiert, der vor allem für löslichen Kaffee und kostengünstigere Röstmischungen verwendet wird. Sie produzieren rund ein Sechstel des weltweiten Robusta-Kaffees, in Brasilien Conilon genannt.

liegt weit abgelegen, abgesehen von einem kleinen Dorf gibt es nur Kaffeeplantagen, Wald und Hügel.

Zu Beginn scheint alles in Ordnung. Die Unterkunft der Arbeiter ist «schön», wie Dos Santos sagt, sie gehen ins Dorf, treffen sich in der Kneipe mit Einheimischen. «Wir haben die ersten zwei Tage mit Trinken und Feiern verbracht», sagt Lima. Auch ein Neffe des Farmbesitzers ist jeweils dabei. Eines Abends erzählt dieser, wie ein Freund von ihm einmal in der Kneipe eine Pistole auf den Tisch gelegt habe. Als ein Polizist vorbeigekommen sei und ihn aufgefordert habe, die Waffe wegzulegen, habe sich dieser geweigert. Lima fragt erstaunt, ob dies keine Konsequenzen gehabt habe. «Nein», habe der Mann aus der Familie des Farmbesitzers geantwortet. «Hier gehört alles uns. In diesem Dorf haben wir das Sagen.»

Lima beschleicht ein mulmiges Gefühl. Er fragt sich zum ersten Mal, ob hier alles mit rechten Dingen zugeht.

Keine Betten, keine Duschen, kein Trinkwasser

Dann, am dritten Tag, eröffnet ihnen die Anwerberin, dass sie umziehen müssen. Ihre Sachen inklusive Matratzen hätten sie zu Fuss dorthin zu schleppen. Nach einem langen ersten Arbeitstag brechen sie auf, zweimal müssen sie schwer beladen den 50-minütigen Fuss-



weg zurücklegen, bis sie spätnachts die neue Unterkunft betreten. «Schon die Vorderseite des Hauses gefiel mir nicht», erzählt Lima. Der Eindruck bestätigte sich beim Blick nach drinnen: «Der Holzboden war verrottet, an der Wand hatte es Wasserflecken.» Schlafen müssen sie auf den dünnen Matratzen direkt auf dem Boden. Ungläubig fragt er, ob das wirklich ihre neue Unterkunft sei. «Nur vorübergehend», beschwichtigt die Anwerberin.

«Bei Wind haben wir gefroren in der Nacht, der verschlammte Trinkwassertank war voller Käfer und anderer Insekten.»

Jurandir dos Santos, Erntearbeiter

Der Farmbesitzer sei daran, ein anderes Haus für sie instand zu setzen. Sie verspricht auch, dass sie Betten bekommen. Lima fragt in den folgenden Tagen immer wieder nach, doch: «Es kamen keine Betten.» Auch das andere Haus werden sie nie zu sehen bekommen.

Die Zustände in der Unterkunft sind menschenunwürdig. Dos Santos erzählt: «Bei Wind haben wir gefroren in der Nacht, der verschlammte Trinkwassertank

war voller Käfer und anderer Insekten.» Es gibt keine Türen für ein bisschen Privatsphäre, keine Waschbecken oder Duschen, nur zwei Schläuche, aus denen kaltes Wasser kommt. Auch hat es weder Tische noch Stühle, die Arbeiter sind gezwungen, auf dem Boden oder auf ihren Matratzen zu essen. Der Strom fällt immer wieder aus, die Toiletten sind oft unbenutzbar. Unter dem Haus liegt Müll, der stark stinkt und Ratten anzieht. All dies ist in einem Inspektionsbericht des brasilianischen Arbeitsministeriums festgehalten, der später angefertigt werden sollte und Public Eye vorliegt.

Limas schlichtes Fazit: «Es war unmöglich, dort zu wohnen, völlig unmöglich.»

Auch das Essen war «schrecklich», sagt Dos Santos. Es bestand im Wesentlichen aus Wurst, Reis und Bohnen. Seine Frau sei erschrocken, als er wieder nach Hause kam, erzählt der Arbeiter weiter: «Ich war mager und völlig fertig. Hosen, die mir davor gepasst hatten, musste ich mir um die Taille binden, damit sie nicht herunterrutschten.»

All dies wirkt sich auf die Gesundheit der Arbeiter aus. «Alle sind krank geworden», erzählt Lima, «auch ich: Erkältungen, Hautausschläge, Pilze, Bauchschmerzen ... dauernd hatten wir Bauchschmerzen. Ein Kollege war eine Woche lang schwer krank. Wir bekamen keine Medikamente – also legten wir zusammen, um für ihn welche zu kaufen.» →



Schuften – zum Hungerlohn

Die Arbeiter stehen jeweils nachts um 3.30 Uhr auf. Sie bereiten das Mittagessen vor, nach einem «Frühstück», bestehend aus einer Tasse Kaffee und einem Teigklumpen aus Weizenmehl und Wasser, fahren sie um 4.30 Uhr mit einem Bus zur Plantage. Arbeitsschluss ist zwischen 16.30 und 17.00 Uhr, den Rückweg müssen sie oft zu Fuss zurücklegen, sie brauchen dafür über 45 Minuten.

Die Arbeit besteht darin, von den Zweigen der Sträucher von Hand die Kaffeekirschen abzustreifen. Diese fangen sie in einem an der Hüfte mit einem

Gurt befestigten, korbähnlichen Sieb auf und füllen damit 60-Kilo-Säcke, die sie zur Strasse tragen, wo sie per Lastwagen abgeholt werden. «Es ist eine harte Arbeit, wirklich hart», sagt Dos Santos. Tagsüber brennt die Sonne vom Himmel, sie werden von Insekten gestochen, die Stiche und Bisse verursachen Kopfschmerzen, erzählt er. Die Plantagen liegen in hügeligem, zum Teil steil abfallendem und rutschigem Gelände.

Bezahlt wird nach geernteter Kaffeemenge. Pro 60-Kilo-Sack bekommen die Arbeiter 16 Reais (Fr. 2.90). Weil sie «keinerlei Werkzeuge erhielten, um die Kaffeebohnen leichter von den Ästen zu lösen», schaffen sie durchschnittlich kaum mehr als drei Säcke pro Tag, hält der Bericht der Inspektor*innen des Arbeitsministeriums fest. So kämen sie statt auf die in Aussicht gestellten 120 nicht einmal auf 50 Reais (9 Franken) pro Arbeitstag, der mit rund 12 Stunden überlang war, heisst es weiter. Das entspricht auf den Monat gerechnet gerade mal 75 % des gesetzlichen Mindestlohns.

Den Kaffee verkauft der Farmbesitzer gemäss eigenen Angaben dann für 645 Reais pro 60-Kilo-Sack – also den 40-fachen Preis – an die Robusta-Grosskooperative Coobriel weiter. Diese ist nicht nur direkter Lieferant von Nestlé, wie der Schweizer Kaffeeweltmarktführer in Online-Angaben zu seiner Lieferkette deklariert, sondern beteiligt sich auch an dessen Nachhaltigkeitsprogramm Nescafé Plan (in Brasilien «Cultivado com Respeito», «mit Respekt angebaut»), das wiederum eine Zertifizierung durch den 4C-Standard voraussetzt (siehe Box).

Nachhaltigkeit nach Nestlé-Mass

Nestlé nutzt den 4C-Standard, um den Kaffee für die weltgrösste Kaffeemarke Nescafé im Rahmen des Nescafé Plan als sozial und ökologisch nachhaltig auszuweisen. Wie er gegenüber Medien verlauten liess, hat der Konzern, der laut Recherchen von Public Eye weltweit mehr als 80 % des 4C-Kaffees kauft, in den letzten Jahren in Espírito Santo stark in 4C «investiert» und mit Coobriel – mit mehr als 7600 Produzent*innen in Brasilien der grösste Zusammenschluss von Robusta-Farmen – erstmals eine Kooperative in den Nescafé Plan aufgenommen. Damit sei Coobriel laut Nestlé zu einem «wichtigen Partner» bei der Beschaffung von nachhaltigem Kaffee geworden. Insgesamt kauft Nestlé fast ein Viertel seines Kaffees (mehr als 222 000 Tonnen im Jahr 2022) in Brasilien – laut eigenen Angaben zu 100 % «zertifiziert und nachhaltig».

In Schulden gefangen

Selbst der Mindestlohn von umgerechnet 12 Franken pro Tag wäre bei Weitem nicht ausreichend für einen würdigen Lebensstandard. Gemäss Berechnungen des Rechercheinstituts Anker müssten Kaffeearbeiter*innen

in Südbrasilien für ein existenzsicherndes Auskommen fast doppelt so viel verdienen. Im Fall Mata Verde aber macht der Farmbesitzer zusätzlich zur illegalen Nichteinhaltung des Mindestlohns noch diverse «unzulässige Abzüge» geltend, wie die Arbeitsinspektor*innen im Bericht hervorheben. Lima sagt: «Alles wurde uns vom Lohn abgezogen: Stiefel, Schutzkleidung, Arbeitshandschuhe, der Erntekorb, sogar die Trinkwasserflasche, die wir auf die Felder mitnahmen.»

Die Abzüge sind ebenso gesetzeswidrig wie die Tatsache, dass die Arbeiter die Kosten der Busfahrt (350 Reais) zur Farm in Raten abbezahlen müssen. Auch das unzureichende Essen wird ihnen zu Wucherpreisen in Rechnung gestellt. Dabei werden sie stets im Unwissen über die Höhe der anstehenden Abzüge gehalten, wie Lima sagt: «Wir wussten nie, wie viel wir schuldeten. Wir wussten nur, dass wir Schulden hatten.» Denn laufend tätigt der Farmbesitzer Einkäufe, sagt, dass sie ihm all dies schuldeten, doch wenn die Arbeiter nach Zahlen und Belegen fragen, erhalten sie nur ausweichende Antworten. Dasselbe geschieht, wenn sie nach einem Arbeitsvertrag fragen. Sie werden nie einen erhalten.

Lima bleiben von den 220 Reais (39 Franken), die er am ersten Zahntag für die erste Arbeitswoche erhält, schliesslich gerade mal 130 Reais (22 Franken), wie er erzählt.

«Niemand verlässt die Farm»

Bei der Arbeit werden sie vom Manager der Farm sowie von Wachleuten, die sich stets in ihrer Nähe aufhalten, streng beaufsichtigt und immer wieder schikaniert, erzählt Lima. Als der Manager in den ersten Tagen einen Freund von ihm zurechtweist und dabei seinen Arm hebt, erblickt Lima eine Pistole in seinem Hosenbund. Nun fällt ihm auf: Auch die Wachleute tragen alle eine Waffe.

Bei ihm wächst die Erkenntnis, dass er hier weg muss. Er beginnt, seine Flucht zu planen, und versucht gemeinsam mit anderen Arbeitern, einen Busfahrer zu überreden, dass er sie abholt. Doch der Farmbesitzer bekommt Wind von den Plänen. Er schickt darauf allen eine Whatsapp-Nachricht, wie Lima erzählt: «Niemand verlässt die Farm, bevor die Schulden abbezahlt sind. Wenn jemand geht, lasse ich den Eingang zum Dorf schliessen.»

Lima fühlt sich beobachtet. Wenn er telefoniert oder sich mit Kollegen austauscht, nähern sich ihm Aufpasser. Er bekommt es mit der Angst zu tun: «Sie könnten mir jederzeit etwas antun», denkt er. «Die Plantage ist gross, und immer wieder ist man allein beim Kaffeepflücken.»

«Drohung, Betrug, Täuschung, Nötigung»

In ihrem Bericht werden die Arbeitsinspektor*innen festhalten, dass die Kriterien für «sklavereiähnliche Arbeitsbedingungen» nach brasilianischem Strafgesetz





auf der Farm in nicht weniger als 24 Punkten erfüllt sind. Festgestellt wird demnach sowohl eine Reihe von «entwürdigenden Arbeitsbedingungen» wie fehlendes Trinkwasser und eine unwürdige Unterbringung als auch Schuldknechtschaft, also die Einschränkung der Bewegungsfreiheit aufgrund von Schulden, im vorliegenden Fall verstärkt durch «Drohungen, Betrug, Täuschung oder Nötigung».

Sklavereiähnliche Verhältnisse sind im brasilianischen Kaffeeanbau weitverbreitet: Gemäss der Menschenrechtsorganisation Conectas mussten über die letzten zehn Jahre in keinem anderen Sektor so viele Arbeiter*innen aus solchen Bedingungen gerettet werden.

Bei der Schuldknechtschaft handelt es sich um Zwangsarbeit, die gemäss Konvention 29 der Internationalen Arbeiterorganisation (ILO) verboten ist. Brasilien geht, um den Realitäten im eigenen Land gerecht zu werden, noch etwas weiter, indem es dazu auch «entwürdigende Arbeitsbedingungen» und «erschöpfende Arbeits-

zeiten» als «sklavereiähnlich» einstuft – ein juristischer Begriff, der oft mit «moderner Sklaverei» umschrieben wird. Mauricio Krepsky, der bis Juni 2023 die nationale Inspektionsabteilung zur Bekämpfung von Sklavenarbeit des brasilianischen Arbeitsministeriums leitete, sagt gegenüber Public Eye, dass die expliziten Gewaltandrohungen im Fall Mata Verde aussergewöhnlich seien. Generell sind sklavereiähnliche Verhältnisse im brasilianischen Kaffeeanbau jedoch weitverbreitet: Gemäss der Menschenrechtsorganisation Conectas mussten über die letzten zehn Jahre in keinem anderen Sektor so viele Arbeiter*innen aus solchen Bedingungen gerettet werden. Allein 2023 waren es 316, Expert*innen gehen von einer hohen Dunkelziffer aus.

Dass die Kaffeeproduktion die unrühmliche Rangliste anführt, hat vielfältige Gründe, wie Jorge Ferreira erklärt. Er wurde als Landarbeiter selbst Opfer von moderner Sklaverei und ist heute leitender Aktivist der Arbeitervereinigung Adere. Einer davon sei, dass der Kaffeeanbau «in seinem Wesen» auf Sklaverei beruhe, so Ferreira. Brasilien entwickelte sich während der Kolonialzeit zum bedeutendsten Anbauland. «Bis heute respektieren unzählige Kaffeeproduzenten die Menschenrechte nicht und beuten sozial verletzte Arbeitnehmende aus», erklärt der Aktivist. Dabei sind die Farmbesitzer noch



immer grossmehrheitlich Weisse, die meisten Arbeiter – und Opfer von moderner Sklaverei – Männer mit afrikanischen Vorfahren. Schätzungen von Oxfam Brasilien zufolge sind während der Erntesaison bis zu zwei Drittel von ihnen informell beschäftigt, was ausbeuterische Arbeitsverhältnisse zusätzlich begünstigt.

Ein Messer unter der Matratze

Nachdem er bei den Aufpassern Waffen entdeckt und realisiert hat, dass er unter besonderer Beobachtung steht, wird José Lima klar: Er muss definitiv weg von hier. Er will aber nicht, dass der Farmbesitzer straflos davonkommt, und informiert deshalb vorher die lokalen

Stellungnahme Nestlé

Auf Anfrage erklärt Nestlé, dass das Unternehmen derzeit von «der 4C-zertifizierten Gruppe» aus insgesamt 500 Farmen der Kooperative Coaabriel (einer Untereinheit aller Coaabriel Farmen) Kaffee beziehe. Der Konzern hält fest, dass er von den im Artikel erwähnten Farmen Mata Verde, Três Irmãs und Primavera keinen Kaffee beziehe, diese seien auch nicht Teil des Nescafé Plan. Jedoch äussert sich Nestlé nicht zu den Handelsbeziehungen in der Vergangenheit, auch nicht zur Farm Mata Verde, die bis zu ihrem Ausschluss aus dem Zertifizierungssystem im Juni 2023 4C-zertifizierten Kaffee an Coaabriel lieferte. Nestlé schreibt weiter: «Wir stehen in direktem Kontakt mit Coaabriel, um die Wichtigkeit sicherer und fairer Arbeitsbedingungen auf allen Farmen zu

betonen, von denen wir unseren Kaffee beziehen.» Zur Farm Vista Alegre (siehe Seite 15) sagt Nestlé: «Nachdem wir von den Vorfällen erfahren hatten, haben wir entschlossen reagiert und die Farm aus unserem AAA Sustainable Quality Program ausgeschlossen, bis Beweise vorliegen, dass die Farm unsere strikten Vorgaben erfüllt.» Nestlés Lieferant NKG Stockler wurde erst im März 2025 durch Repórter Brasil und Public Eye auf die Vorfälle aufmerksam.

Weitere Fragen, etwa darüber, ob und wie Nestlé existenzsichernde Löhne für Erntearbeiter garantieren will, blieben unbeantwortet. Die vollständige Stellungnahme ist online einsehbar: stories.publiceye.ch/moderne-sklaverei-kaffee.



Arbeitsbehörden und die Bundespolizei. Trotz der Gefahr, der er sich damit aussetzt, filmt und fotografiert er heimlich, um die Missstände zu dokumentieren.

Einige Tage später teilt ihm die Polizei mit, dass sie einschreiten wird. Den Zeitpunkt könnten sie ihm jedoch nicht sagen. Die Nachricht vermag Lima nur kurzzeitig zu beruhigen. Er fühlt sich immer stärker bedroht: «Ich habe nur noch mit einem Messer unter der Matratze geschlafen.»

Am 1. Mai, 14 Tage nach seiner Ankunft, beschliesst er zu fliehen. Am Tag darauf schafft er es nach wiederholtem Drängen, dass sich ein Mann aus dem Dorf bereit erklärt, gegen Bezahlung eine Gruppe von Arbeitern mit seinem Lieferwagen bis zur nächsten Hauptstrasse zu fahren, wo der Bus nach Aracaju fährt. Um das Geld zusammenzukriegen, müssen sie alle bei Freunden oder Verwandten Geld leihen.

Kurz vor Mitternacht schleichen sich José Lima, Jurandir dos Santos und zwölf weitere Arbeiter aus ihrer Unterkunft. Am Ortseingang warten sie zum vereinbarten Zeitpunkt auf den Lieferwagen, um halb zwei Uhr nachts fahren sie los. «Im Lieferwagen war es sehr eng», berichtet Lima, «wir sassen übereinander und hatten eine Menge Zeug dabei. Aber endlich hatten wir es geschafft, da rauszukommen.»

Was die Fliehenden nicht wissen: Nur wenige Stunden nach ihrer Abreise treffen die Inspektoren zusammen mit der Bundespolizei auf der Farm ein. Maurício Krepsky, damals Abteilungsleiter beim Arbeitsministerium, erinnert sich, dass die lokalen Inspektoren die Gewaltbereitschaft auf der Farm als derart hoch und die Situation als so gefährlich einstufen, dass sie zur Unterstützung sein Team aus der 1400 Kilometer entfernten Hauptstadt Brasília aufboten. Die Aktion läuft dann ohne Probleme ab. Und so befinden sich kurz nach ihren geflohenen Kollegen auch zehn weitere auf der Farm verbliebene Arbeiter wieder in Freiheit.

Ein Verbrechen, das sich lohnt

Wie in solchen Fällen üblich, eröffnen die Behörden ein Verwaltungsverfahren. In Rahmen dessen verpflichtet sich der Farmbesitzer, die beanstandeten Verhältnisse zu korrigieren, Präventivmassnahmen zu ergreifen und den Arbeitern eine Abfindung in der Höhe von drei Tageslöhnen sowie Schadenersatz zu zahlen. Insgesamt erhalten sie umgerechnet rund 880 Franken pro Person, plus die Kosten für die Heimreise. Zu ihrer grossen Enttäuschung erfahren Lima und Dos Santos, dass sie kein Anrecht auf diese Entschädigungen haben. Sie stehen

nur denjenigen Arbeitern zu, die zur Zeit der Inspektion vor Ort gewesen sind.

Darauf wenden sie sich an einen Anwalt, der in ihrem Namen eine Klage vor dem Arbeitsgericht einreicht. Die beiden Arbeiter lassen sich schliesslich auf einen Vergleich ein und erhalten damit je 7000 Reais (rund 1250 Franken) Schadenersatz – beinahe zehnmal weniger, als sie gefordert hatten. «Das reichte gerade mal, um meine Schulden zurückzuzahlen», sagt Dos Santos. Diese hatte er für die Flucht aufgenommen, aber auch schon vor der Reise für Essen und Kleider und damit seine Frau in seiner Abwesenheit durch den Alltag kommt. Weil ihr Anwalt ihre Chancen, vor Gericht zu gewinnen, als gering einschätzt, stimmen sie dem Vergleich dennoch zu.

«**Moderne Sklaverei ist ein Verbrechen, das sich lohnt.**»

Livia Miraglia, assoziierte Professorin in Arbeitsrecht an der Universität Minas Gerais

Es sei eine Situation, in der sich viele Betroffene wiederfinden, erklärt Livia Miraglia, assoziierte Professorin in Arbeitsrecht an der Universität Minas Gerais und Spezialistin für Sklavenarbeit und Menschenhandel, im Gespräch mit Public Eye. Auch die Höhe des Schadenersatzes liege im üblichen Bereich. Denn zwar seien Brasiliens umfassende Definition und Gesetze zur modernen Sklaverei sehr fortschrittlich, jedoch nicht deren Auslegung: «Die weiss und männlich geprägte Justiz wertet die Arbeiterschaft systematisch ab», so Miraglia. Es sei üblich, dass Menschen, deren Gepäck bei einem Flug verloren geht, eine höhere Entschädigung erhielten als solche, die Opfer von Sklavenarbeit wurden.

Auch würden die Täter in der Regel kaum strafrechtlich belangt: «Kein Farmbesitzer fürchtet sich, dass er wegen moderner Sklaverei ins Gefängnis muss», so die Arbeitsrechtlerin. Miraglia ist Co-Autorin einer Studie, die zeigt, dass von über 2679 Arbeitgebern, die zwischen 2008 und 2019 deswegen angezeigt wurden, gerade mal 112 verurteilt wurden – in der Regel zu kurzen Strafen, die sie nicht absitzen mussten. Die Expertin nüchtern: «Moderne Sklaverei ist ein Verbrechen, das sich lohnt.»

Die vielleicht folgenreichste Bestrafung für Arbeitgeber, die der modernen Sklaverei überführt werden: Ihr Name landet in einem öffentlich einsehbar Register. Wer auf dieser Liste steht, erhält keine Kredite von staatlichen Banken, die Geschäftsbeziehungen werden erschwert. Allerdings erlischt der Eintrag bereits nach zwei Jahren. Auch der Name des Besitzers der Farm Mata Verde erscheint im Frühjahr 2024 auf der





Liste. Auf unsere Anfrage streitet er dennoch vehement ab, dass er sich der Sklaverei bediente und sein Personal bewaffnet war.

Wirkungslose Kontrollen

Noch weniger als die Farmbesitzer müssen sich Akteure weiter oben in der Lieferkette vor Konsequenzen fürchten: Kooperativen, Kaffeehändler und Röstkonzerne wie Nestlé. Diese würden von der Justiz nicht angetastet, erklärt Livia Miraglia. Ein Grundproblem ist zudem die fehlende Transparenz in den Lieferketten. Denn im Normalfall lässt sich nicht nachvollziehen, von welchen Farmen Händler und schliesslich die Unternehmen, die den Kaffee verarbeiten und verkaufen, den Rohstoff beziehen. Einige Konzerne wie Nestlé publizieren zwar Lieferantenlisten mit Namen von Zwischenhändlern und Kooperativen, jedoch nicht von Kaffeefarmen. So lassen sich die Verstrickungen der Kaffeekonzerne mit moderner Sklaverei nur in Einzelfällen und durch aufwendige Recherchen überhaupt ans Licht bringen.

Nestlé hat schon vor neun Jahren, nachdem erstmals ein Fall von moderner Sklaverei in seiner brasilianischen Kaffeelieferkette bekannt geworden war, seine «Nulltoleranz» gegenüber solchen Vorfällen beteuert. So hat der Multi seither auch den Anteil des zertifizier-

ten, also vermeintlich gesetzeskonformen und in seinen Worten «verantwortungsvoll beschafften» Kaffees in Brasilien auf 100 % erhöht.

Gleichzeitig kommen bis heute weder Nestlé und Co. noch Zertifizierer wie 4C der von Arbeitnehmer*innen und Menschenrechts-NGOs seit vielen Jahren erhobenen Forderung nach, die Geschäftsbeziehungen mit Kaffeefarmen transparent zu machen.

Konzerne wie Zertifizierer werden selbst meist erst durch behördliche Inspektionen auf die Missstände aufmerksam. Solche fanden aber gemäss der NGO Co-nectas bis heute gerade mal auf 1 von 1000 brasilianischen Kaffeefarmen statt. Auch im Fall Mata Verde hat der Nestlé-Lieferant Coabriel die Geschäftsbeziehungen mit dem Produzenten im Mai 2023 abgebrochen, nachdem die Polizei eingeschritten war. Die Zertifizierungsorganisation 4C teilte auf Anfrage mit, dass die Farm «nach Bekanntwerden des Falls» – es gab direkt danach Berichte in regionalen Medien – «aus dem Zertifizierungssystem ausgeschlossen worden» sei. Offenbar hatten Audits durch 4C bis dahin keine Unregelmässigkeiten ans Licht gebracht.

Für Arbeitnehmervertreter Jorge Ferreira ist das wenig überraschend. Seiner Auffassung nach schützen Nachhaltigkeitszertifizierungen generell nicht vor moderner

Sklaverei – eine Einschätzung, die Arbeitsinspektor Mauricio Krepsky teilt. Er sagt, dass ihn seine Erfahrung im Feld gelehrt habe, dass diese oft komplett an den Realitäten auf den Plantagen vorbeigingen: «Oft werden Audits mehrere Monate vor der Erntesaison durchgeführt. Und sogar bei sogenannten unangekündigten Überprüfungen werden die Betriebe jeweils ein bis zwei Tage im Voraus informiert.» Zudem würden zentrale Grundprobleme wie die weitverbreitete Schwarzarbeit von den Zertifizierern in der Regel schlicht nicht beachtet, so der Inspektor.

Kein Einzelfall in der Nestlé-Lieferkette

Wie unsere Recherchen – trotz mangelnder Transparenz in den Lieferketten – zeigen, ist Mata Verde nicht die einzige Farm in Nestlés Lieferkette, auf der in den letzten drei Jahren gravierende Missstände ans Licht kamen. So stellten Arbeitsinspektor*innen im Jahr 2022 auf den Farmen Três Irmãs sowie Primavera im nördlich von Espírito Santo gelegenen Bundesstaat Bahia, die ebenfalls den Nescafé-Plan-Partner Coabriel belieferten, massive Verstösse gegen das brasilianische Arbeitsrecht und auf Três Irmãs auch moderne Sklaverei fest.

In einem dritten Fall mussten am 4. Juli 2023 drei Arbeiter auf der Farm Vista Alegre in Patrocínio im Bundesstaat Minas Gerais aus sklavereiähnlichen Bedingungen befreit werden. Rechnungsbelege zeigen, dass die Farm ihre Ernte an NKG Stockler verkaufte, eine Tochter des weltgrössten Kaffeehändlers Neumann Kaffee Gruppe mit Sitz in Hamburg und wichtigen Handelsniederlassungen in Zug. Für die Lieferung erhielt die Farm eine Prämie für die Ernte, die durch Nespresso firmeneigenes Nachhaltigkeitslabel AAA zertifiziert wurde. Bemerkenswert ist, dass NKG Stockler offenbar nicht einmal von der behördlichen Inspektion gewusst hat, wie sich in der Reaktion der Firma auf unsere Fragen zeigt: Die Handelsfirma gibt an, dass sie die Geschäftsbeziehung zur betreffenden Farm, die den behördlichen Vorwurf der Sklaverei zurzeit juristisch anfechtet, erst auf unseren Hinweis – und damit eineinhalb Jahre nach dem Vorfall – «pausiert» habe. Nestlé bestätigt auf Anfrage, dass der Nespresso-Lieferant vom AAA-Programm «suspendiert» wurde, «nachdem wir von den Vorfällen erfahren haben» (siehe Box auf Seite 11).

Profit vor Menschenrechten

Dazu sagt Jorge Ferreira, dass es bei Weitem nicht ausreicht, wenn Unternehmen wie Nestlé als Reaktion auf moderne Sklaverei einfach ihre Geschäftsbeziehungen zu betreffenden Farmen abbrechen. Stattdessen sieht er sie in der direkten Verantwortung, ihr effektiv vorzubeugen. Seine Organisation Adere habe deshalb schon wiederholt an Nestlé appelliert und mit Konzernvertreter*innen diskutiert. Ferreras Fazit ist ernüchternd: «Nestlé gibt vor, sich für die Rechte der Arbeiter zu interessieren.

Doch das Interesse hört auf, sobald es darum geht, konkrete Verbesserungen umzusetzen – und diese zu bezahlen.» Stattdessen schiebe der Schweizer Konzern die Verantwortung zur Einhaltung der Arbeits- und Menschenrechte – und damit auch die Kosten dafür – auf die Kaffeeproduzenten ab. (Zum Problem der generell zu tiefen Preise, die der Nestlé-Konzern für Kaffee zahlt, siehe die Reportage «Pulverisierte Hoffnung» aus Mexiko im Public Eye Magazin vom Juni 2024.)

Der Fall von José Lima und Jurandir dos Santos zeigt, dass die fehlende Prävention für Menschen wie sie dramatische Folgen haben kann. Für beide halten sie bis heute an. Lima fuhr im Jahr darauf wieder zur Kaffee-Ernte, auf eine andere Farm in Espírito Santo. Aber er tat dies mit Angst, wie er sagt: «Ich dachte, der Farmbesitzer von Mata Verde kann mich ausfindig machen und jederzeit jemanden schicken, um mich zu töten.»

Für Jurandir dos Santos war sein erstes auch gleichzeitig sein letztes Mal. Die Erfahrung habe ihn traumatisiert. Er hat eine klare Botschaft: «Den Leuten in den grossen multinationalen Konzernen möchte ich nur eines sagen: Schaut genau hin, was ihr tut. Denn Kaffee einzukaufen, ist einfach. Der harte Teil der Arbeit ist, ihn zu ernten. Es sind wir, die Arbeiter, die dafür sorgen, dass ihr überhaupt zu eurem Kaffee kommt. Und das wisst ihr nicht zu schätzen.» ■

Die Illustrationen wurden auf der Grundlage von Fotos und den detailreichen Erzählungen von José Lima und Jurandir dos Santos erstellt.

Die Forderungen von Public Eye

Nestlé muss die versprochene Nulltoleranz gegenüber moderner Sklaverei endlich umsetzen und sicherstellen, dass alle seine Lieferanten die Menschen- und Arbeitsrechte respektieren. Dazu braucht es rigorose Kontrollen und wirksame Massnahmen zur Prävention und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, umgesetzt in Zusammenarbeit mit Arbeiterorganisationen. Zentral ist zudem, dass Nestlé dafür sorgt, dass der Verdienst von Erntearbeiter*innen sowie Kaffeeproduzent*innen in seiner Lieferkette existenzsichernd ist.

Die am 27. Mai in Bern eingereichte Konzernverantwortungsinitiative zielt genau in diese Richtung, indem sie Unternehmen zur Sorgfalt bei der Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet und sie bei Verstössen haftbar macht.

Regulieren statt ignorieren – jetzt Fast Fashion stoppen!

100 000 Tonnen Schweizer Altkleider pro Jahr, ausbeuterisch produziert, hastig konsumiert, als Müll verbrannt oder exportiert. Nun fordert Public Eye einen Schweizer Modefonds. Er kehrt den Fast-Fashion-Trend um. Händler, Hersteller und Importeure tragen Verantwortung für die Produkte, die sie in Verkehr bringen, und zahlen mengenabhängige Beiträge in den Fonds ein.

VON DAVID HACHFELD UND ROMEO REGENASS

Auf dem Papier ist der Fall klar: «Nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion» bilden einen Schwerpunkt der Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030 der Schweiz. Doch ohne stärkere Fördermassnahmen werden wir dieses Ziel krachend verfehlen. Selbst der Bundesrat mahnt an: Um die Ziele bei Konsum und Produktion zu erreichen, müssten in vielen Branchen die Weichen gestellt und die effektive Umsetzung vorangetrieben werden.

Im Bereich Textilien und Mode zeigt sich das Fehlen wirksamer und verbindlicher Massnahmen besonders deutlich. Dabei sind gerade hier die Herausforderungen gross: Der ungebrochene Trend zu Fast und Ultra Fast Fashion lässt die Verbrauchsmengen zu- statt abnehmen. Rund 100 000 Tonnen Schweizer Altkleider fallen inzwischen pro Jahr an. Heute lädt die Schweiz tonnenweise Fast Fashion im Ausland ab und verschliesst die Augen davor, dass die Billigmode dort auf irgendwelchen Deponien entsorgt oder verbrannt wird.

Soziale und ökologische Kosten werden kaum internalisiert, und der hohe Preisdruck erschwert gute Arbeitsbedingungen, insbesondere in der Produktion. Die Qualität und Haltbarkeit der Materialien und die durchschnittliche Nutzungsdauer sinken. Es wird kaum noch repariert.

Wie wirkt der Schweizer Modefonds?

Der Modefonds schlägt drei Fliegen mit einer Klappe:

- Erstens zahlt die Modeindustrie für jedes neue Kleidungsstück einen Beitrag in den Fonds ein. Das Geschäftsmodell der Fast Fashion wird weniger attraktiv.
- Zweitens: Je nachhaltiger die Kleidung, umso geringer ist der Beitrag. So schafft der Fonds starke Anreize für gute, faire und langlebige Mode.
- Drittens fördert der Fonds günstigere Reparaturen, mehr Secondhand-Angebote, hochwertiges Recycling und nachhaltigere Produktion. Er fördert damit aktiv eine Kreislaufwirtschaft für gute Mode in der Schweiz.

Was unternimmt die Politik bisher?

Der Bundesrat räumt zwar ein, dass Fast Fashion ein Problem ist und Produktion und Konsum viel nachhaltiger werden müssten. Doch er verweist auf freiwillige Brancheninitiativen, die völlig unzureichend sind, und weigert sich beharrlich, mit klaren Regeln einzugreifen.



Die Schweizer Politik lässt zu, dass verantwortungsvolle Unternehmen von skrupellosen Konkurrenten, denen Umwelt und Fairness egal sind, aus dem Markt gedrängt werden. Derweil macht die EU vorwärts und verpflichtet die Modeindustrie, Kleider nachhaltiger zu machen und die Kosten von Fast Fashion zu übernehmen. Die Schweiz muss dringend nachziehen, deshalb braucht es den Modefonds! ■

Wir räumen mit der grössten Modesünde der Schweiz auf. Unterschreiben Sie unsere Petition an den Bundesrat für einen Schweizer Modefonds online.



Jetzt unterschreiben:
stop-fast-fashion.ch

Diese Beispiele sind schon heute Teil der Lösung

Für unsere Vision einer Kreislaufwirtschaft im Textilbereich, die gerecht, umweltfreundlich und sozial ist, setzen sich auch andere ein. Hier einige Initiativen in der Schweiz und weltweit, die Teil der Lösung sind und vom Schweizer Modefonds profitieren könnten.

VON ROMEO REGENASS, KARINE PFENNIGER UND DAVID HACHFELD

Neu kaufen war gestern, heute wird repariert!

Schweizweit bieten über 250 Repair Cafés Hand für Reparaturen.

Repair Cafés sind ehrenamtliche Treffen, an die Besuche defekte Produkte von zu Hause mitbringen und mit anderen oder auch allein reparieren können. Die Repair Cafés sind lokal organisiert und ehrenamtlich geführt, weshalb nicht alle dasselbe Angebot haben. Von Haushaltsgeräten über Unterhaltungselektronik bis hin zu Spielzeugen und Textilien landet aber alles auf den Reparaturtischen, um von freiwilligen Reparatur*innen kostenlos geflickt zu werden.

Insgesamt führen die Repair Cafés in der Deutschschweiz über 18 000 Reparaturen pro Jahr aus. Für eine Teilnahme an den über 800 Terminen, die es jährlich gibt, braucht es keine Anmeldung: einfach vorbeigehen und den defekten Gegenstand mitbringen. Vorab lohnt sich ein Blick auf das konkrete Angebot des lokalen Cafés: Sind Textilien dabei oder nicht?

Die Reparaturen sind kostenlos, Ersatzteile können vor Ort günstig gekauft werden. Allfällige Wartezeiten vergehen bei Kaffee und Kuchen im Nu. Die Repair Cafés werden vom Konsumentenschutz unterstützt, sind aber auf Spenden angewiesen.

repair-cafe.ch



© Walk-in Closet Schweiz

Wo Secondhand erste Wahl ist

«Tauschen statt Kaufen» ist das Motto von Walk-in Closet Schweiz.

Der Non-Profit-Verein Walk-in Closet Schweiz engagiert sich für eine nachhaltigere und gerechtere Modewelt und setzt beim Konsumverhalten an: Kleidertauschbörsen bieten eine Alternative zum Kleiderkauf an. Es gibt sie an rund 30 Orten in der Schweiz.

Um die Besucher*innen zu sensibilisieren, arbeitet Walk-in Closet mit Public Eye zusammen und ist auf Social Media aktiv. Auf Anfrage bietet der Verein Workshops oder Referate zum nachhaltigen Kleiderkonsum an. Er will möglichst viele Menschen dazu animieren, den eigenen Modekonsum zu reflektieren und ihn bewusster zu gestalten.

Walk-in Closet startete 2011 als kleines Projekt von Studierenden, heute ist es die grösste Organisation von Kleidertauschbörsen in der Schweiz mit jährlich mehreren Hundert engagierten Freiwilligen.

Der Kleidertausch kann auch im Online-Shop erfolgen. Wer will, erfasst nicht mehr benötigte Kleider online, schickt sie ein oder bringt sie vorbei, erhält dafür Tauschpunkte, wählt online Lieblingsteile aus und lässt sich diese zuschicken oder holt sie persönlich ab.

walkincloset.ch



© konsumentenschutz.ch



© Brücke Le Pont

Gute Arbeit weltweit

Internationale Programme stärken Arbeitsrechte in der Textilindustrie.

Ohne Gerechtigkeit und gute Arbeit gibt es keine nachhaltige Mode. Darum braucht es Programme für faire Arbeitsbedingungen, grosse und kleine, die sich gezielt für konkrete Fortschritte einsetzen.

Das Programm Better Work der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) bringt Regierungen, Modefirmen und Gewerkschaften zusammen und wird auch von der Schweiz gefördert. Better Work ist direkt in Textilfabriken aktiv, mit Beratung, Trainings für Beschäftigte und Kontrollen vor Ort. Dort zeigen sich auch die Grenzen des Programms, denn Missstände werden bei ihnen nicht immer zuverlässig erkannt. Die Erkenntnisse aus der Praxis fliessen in nationale und internationale politische Diskussionen ein, um Arbeitsbedingungen systematisch zu verbessern.

Wenn es um Gesundheits- und Arbeitssicherheit in Textilfabriken geht, spielt der International Accord eine herausra-

gende Rolle, über den wir im Public Eye Magazin mehrfach berichtet haben.

Das ermutigende Projekt «Derechos Laborales» der Schweizer Entwicklungsorganisation Brücke Le Pont in El Salvador zeigt, dass wirkungsvolle Projekte nicht gross sein müssen. Brücke Le Pont unterstützt, unter anderem zusammen mit der Generalstaatsanwaltschaft und einer lokalen Frauenrechtsorganisation, sogenannte Urteilvollstrecker*innen. Diese helfen Textilarbeiter*innen wie Irma Mestizo (siehe Foto) dabei, gerichtlich zugesprochene Löhne und Sozialleistungen auch wirklich zu erhalten, was im langsamen Rechtssystem des Landes sonst leider oft scheitert. Allein 2024 erhielten so beinahe 5000 Beschäftigte Rückzahlungen in Höhe von 5,1 Millionen US-Dollar.

betterwork.org
internationalaccord.org
bruecke-lepont.ch/derechos-laborales

Brandneue Kleider aus dem Wüstensand

Re-Commerce Atacama realisierte einen Kleiderversand aus der grössten Modedeponie der Welt.

Als Hinterlassenschaft der Modeindustrie landen jedes Jahr mehrere Zehntausend Tonnen Kleidung im Sand der chilenischen Atacama-Wüste. Dieses Phänomen hat die grösste Modedeponie der Welt geschaffen. Kaum zu glauben, aber viele dieser Kleidungsstücke sind brandneu. Anstatt sie billiger zu verkaufen oder an Bedürftige zu verschenken, wirft die Modeindustrie sie lieber weg.

Anfang 2025 hat sich ein chilenisches Kollektiv unter dem Namen Re-Commerce Atacama daran gemacht, die Atacama-Wüste zu retten, indem sie diese Kleider, darunter brandneue Outfits bekannter Marken, kostenlos abgaben. Wer ein Teil bestellte, bezahlte nur die Kosten für den Versand. Reinigung und Verpackung übernahmen Freiwillige von Organisationen wie Fashion Revolution Brasil.

Das Projekt, das einen weltweiten Versand der Kleider anbot, war dermassen erfolgreich, dass der virtuelle Laden Anfang Mai 2025 ausverkauft war. Lieferstopp! Nun sind die Organisationen hinter Re-Commerce Atacama daran, das Projekt zusammen mit chilenischen NGOs auf eine langfristige tragfähige Basis zu stellen.

recommerceatacama.com



© Tamara Merino



Damit Altkleider in der Schweiz bleiben

Der Kleidersammler Tell-TEX will das Recycling von Altkleidern in die Schweiz holen.

Tell-TEX sammelt jedes Jahr rund 20 000 Tonnen Kleider ein. Das entspricht fast einem Drittel der schweizweit erfassten und gesammelten Mengen. Heute werden die gesammelten Kleider an zertifizierte Sortierwerke in Europa verkauft. Rund 40 % oder circa 8000 Tonnen werden als Putzklappen, Schütt- und Füllmaterial weiterverwendet oder müssen verbrannt bzw. entsorgt werden.

Nun plant Tell-TEX, mit der Firma Säntis Textiles in St. Margrethen SG das erste industrielle Recyclingzentrum für Altkleider und Heimtextilien in der Schweiz zu bauen. «In einer innovativen Anlage sollen diese zukünftig in mehreren Schritten vollautomatisch sortiert und recycelt werden, um als Sekundärrohstoff etwa für die Garnproduktion wiederverwendet zu werden», sagt Ercüment Yildirim, Geschäftsführer von Tell-TEX. Damit will der Kleidersammler einen wichtigen Schritt in Richtung Kreislaufwirtschaft im Textilbereich machen.

tell-tex.com

Altkleider lokal sortiert und aufgewertet

In Basel stärkt die Fair Fashion Factory den regionalen Textilkreislauf.

In einem Pilotprojekt der Fair Fashion Factory haben Anfang 2025 über 100 Freiwillige 5 Tonnen Altkleider sortiert. Tell-TEX leerte dafür an drei Tagen seine Container in Basel-Stadt und Umgebung und stellte den Inhalt für die Studie zur Verfügung.

«Das meiste ist zwar Fast Fashion, also Billigmode, und besteht aus Kunstfaserstoffen», sagt Anna Cordasco, Co-Leiterin des Vereins Fair Fashion Factory. Gleichzeitig habe sie der gute Zustand und die hohe Qualität einiger Kleidungsstücke erstaunt. Die Helfenden hätten über 1 Tonne Kleider mitgenommen.

Die Machbarkeitsstudie soll einerseits quantifizieren, was genau in welcher Qualität anfällt. Zudem wurden mögliche Abnehmer*innen für ein Up- oder Recycling gesucht und gefunden – etwa Secondhandläden, Kleiderdesigner*innen oder Recyclingfirmen.

In einem zweiten Projekt namens «Ladenhüter in Bewegung», welches das Bundesamt für Raumentwicklung fördert, wird eine Lösung für unverkaufte Neuware erforscht. Dabei sollen Produkte mit lokalen Designer*innen umgestaltet werden.

fairfashionfactory.ch



Polyester recyceln, um die Verschmutzung mit Plastik zu bekämpfen

Ein Start-up will Geweben aus und mit Polyester ein zweites Leben ermöglichen.

«Die Welt ist voller Plastikabfälle.» Aus dieser Erkenntnis heraus wurde DePoly im Jahr 2020 gegründet. Die Lösung des Cleantech-Start-ups aus Sitten: Recycling von PET und Polyester, auch in Mischgeweben, wie sie in Kleidern häufig vorkommen. Dazu hat DePoly einen chemischen Prozess entwickelt, der PET und Polyester in zwei Verbindungen zerlegt, die von der Industrie wiederverwendet werden können. Bei Textilien werden auch die Fasern zurückgewonnen. Es handle sich um eine Endlosschleife, erklärt Samantha Anderson, CEO und Mitbegründerin von DePoly.

2024 hat DePoly in ihrer Anlage, die sich derzeit in der Pilotphase befindet, 1 Tonne Kunststoffabfälle verarbeitet. In einer neuen Demonstrationsanlage, die für diesen Sommer geplant ist, sollen bis Ende Jahr 500 Tonnen erreicht werden. Mit dem langfristigen Ziel, «einen Mehrwert für Abfall zu schaffen und die Menge an Plastikmüll, die in die Umwelt gelangt, zu reduzieren».

depoly.co



Seitenwechsel im Pharmabereich: Unter welchem Einfluss der Industrie stehen Schweizer Behörden?

Eine Recherche von Public Eye zeigt erstmals das Ausmass der Seitenwechsel von Mitarbeitenden zwischen der Pharmaindustrie und den beiden Regulierungsbehörden Swissmedic und Bundesamt für Gesundheit (BAG). Dieses auch als Revolving Door bekannte Phänomen erhöht das Risiko, dass Unternehmen direkten Einfluss auf die Arzneimittelpolitik nehmen. Will die Schweiz solche Interessenkonflikte wirksam bekämpfen und das Vertrauen der Bevölkerung in ihre Behörden aufrechterhalten, muss sie ambitioniertere Massnahmen ergreifen und darüber Rechenschaft ablegen.

PATRICK DURISCH UND GABRIELA HERTIG

Ein Bundesrat wechselt unmittelbar nach Ablauf seiner Amtszeit zu einem führenden Konzern der Baubranche, für die er als Minister zuvor zuständig gewesen war. Eine Direktorin des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) tritt weniger als ein Jahr nach ihrem Rücktritt aus dem Amt in den Verwaltungsrat von Nestlé ein, einem Multi, dessen kommerzielle Interessen sie als Botschafterin und Chefunterhändlerin der Schweiz in internationalen Gremien vertreten hat. Ein Vizedirektor des BAG, der für den Direktionsbereich Kranken- und Unfallversicherung zuständig war, wird ohne Karenzfrist zum neuen Geschäftsführer einer privaten Krankenkasse. Der Wechsel von hochrangigen Führungskräften der öffentlichen Verwaltung oder von Regierungsmitgliedern in die Privatwirtschaft sorgt für Schlagzeilen und weckt berechtigte Befürchtungen in Bezug auf Interessenkonflikte und die Unabhängigkeit der Behörden.

Ist die Revolving Door, also der Seitenwechsel von staatlichen Stellen in die Privatwirtschaft, eine seltene Ausnahme oder vielmehr gängige Praxis? Betrifft es nur Topkader oder alle Hierarchieebenen? Und wie sieht es mit der Reverse Revolving Door aus, dem weniger beachteten Seitenwechsel vom privaten zum öffentlichen Sektor, der jedoch ebenso dazu beitragen kann, den Einfluss der Privatwirtschaft auf politische Prozesse und Strukturen, auch bekannt als Corporate Capture, zu verstärken?

Um diese Fragen zu beantworten, haben wir mit Unterstützung des Recherchekollektivs WAV eine in der Schweiz bisher einzigartige Recherche durchgeführt. Ziel war es, Fälle des Revolving-Door-Phänomens in der Pharma zu erfassen, das heisst Seitenwechsel zwischen der Pharmaindustrie – einem Sektor, dessen Lobbying im Parlament und in der Verwaltung ausführlich dokumentiert ist – und jenen zwei Bundesämtern, welche die

Schweizer Arzneimittelpolitik prägen: Swissmedic und das BAG (siehe Methodik auf Seite 24).

Häufige Seitenwechsel zwischen Pharma und Regulierung

Unsere Recherche erfasst 239 Personen, die in mindestens einen potenziell problematischen Seitenwechsel im Pharmasektor involviert sind. 173 Personen davon entfallen auf Swissmedic, 66 Personen auf das BAG (siehe Grafik auf Seite 22 oben).

Allgemeiner betrachtet haben von den 741 Personen, von denen wir feststellen konnten, dass sie bei Swissmedic tätig waren, 294 in mindestens einem Pharmaunternehmen gearbeitet – das sind fast 40 %, unabhängig von ihrem Aufgabenbereich. Beim BAG, dessen Auftrag im Bereich der öffentlichen Gesundheit weit über die reine Arzneimittelpolitik hinausgeht, liegt dieser Wert bei 13 % (201 von 1591 erfassten Personen).

Unsere Recherche zum Revolving-Door-Phänomen in der Pharma ergab **208 Fälle** bei Swissmedic und **76 Fälle** beim Bundesamt für Gesundheit.

Von den 239 Personen, die einen Seitenwechsel im Pharmabereich vollzogen haben, wiederholten 43 (das heisst 18 %) diese Praxis im Laufe ihrer Karriere. So arbeitete beispielsweise eine Person, die 5 Jahre lang für Regulierungsfragen in der Pharmaindustrie zuständig war, anschliessend 18 Monate lang bei Swissmedic, wo sie Zulassungsdossiers prüfte, dann 17 Jahre in verschiedenen Pharmakonzernen (darunter Novartis) sowie in einer Beratungsfirma derselben Branche. Danach kehrte sie für 1,5 Jahre in eine ähnliche Position zu Swissmedic zurück und wechselte schliesslich wieder in dieselbe Beratungsfirma.

Unsere Recherche zum Revolving-Door-Phänomen in der Pharma ergab 208 Fälle bei Swissmedic und 76 Fälle beim BAG. Die Grafik auf Seite 22 unten zeigt vor allem beim weniger gut dokumentierten Phänomen der Reverse Revolving Door – dem direkten Seitenwechsel vom privaten in den öffentlichen Sektor – in den letzten 25 Jahren einen starken Anstieg. Diese Seitenwechsel machen mit 189 von 284 Vorgängen zwei Drittel aller Fälle aus.

Der Anstieg lässt sich zum Teil durch den Boom des beruflichen Netzwerks LinkedIn erklären, wodurch Jobwechsel besser identifiziert werden können. Allerdings erklärt dies nicht den Rückgang der Fälle von Reverse Revolving Door zwischen 2015 und 2019, gefolgt von ihrem drastischen Anstieg in den letzten fünf Jahren.

Der Drehtüreffekt in der Pharma betrifft alle Hierarchieebenen. Von den 239 in einen oder mehrere Seitenwechsel im Bereich der Arzneimittel involvierten Personen,

- waren oder sind 26 (11 %) Führungskräfte oder höhere Kader.
- hatten oder haben 204 (85 %) Positionen inne, die nicht in den offiziellen Organigrammen aufgeführt sind (Sektionsleiter*innen, wissenschaftliche Expert*innen, Inspektor*innen, Rechtsberatung usw.).
- waren oder sind 9 (4 %) von den zuständigen Bundesämtern beauftragte Expert*innen. Diese Personen nehmen zu anstehenden Entscheiden Stellung (z. B. zur Zulassung oder Preisgestaltung von Arzneimitteln) oder sie gehören ausserparlamentarischen Kommissionen an, deren Zuständigkeitsbereich in direktem Zusammenhang mit den Aufgaben von Swissmedic oder vom BAG steht. Auch für sie gelten die Massnahmen zur Vermeidung von Interessenkonflikten, deshalb sind sie Teil unserer Recherche.

Von Seitenwechseln betroffene Kernbereiche

Bestimmte Tätigkeitsbereiche sind stärker durch das Revolving-Door-Phänomen in der Pharma betroffen als andere. Aus Sicht der Befürworter*innen eines Wechsels vom privaten zum öffentlichen Sektor ist diese Praxis dadurch gerechtfertigt, dass für die Prüfung von Zulassungsdossiers und die Marktüberwachung hochspezialisiertes Fachwissen erforderlich ist, das nur im Pharmasektor erworben werden könne. Diese Argumentation bagatellisiert das Risiko von Interessenkonflikten und ignoriert das Fachwissen von Wissenschaft und Medizin.

Die kommerziellen Aspekte im Zusammenhang mit der Arzneimittelregulierung unterstützen eher eine andere Sicht der Dinge, und die intensive Lobbyarbeit der Pharmaindustrie zur Beseitigung regulatorischer Hindernisse verstärkt diesen Eindruck. Unsere Recherche identifiziert mehrere zentrale Bereiche der Arzneimittelregulierung, die vom Revolving-Door-Phänomen besonders betroffen sind:

Der Bereich Marktzulassung von Swissmedic mit 90 Personen (52 % der Personen bei Swissmedic, die einen Seitenwechsel vollzogen haben)

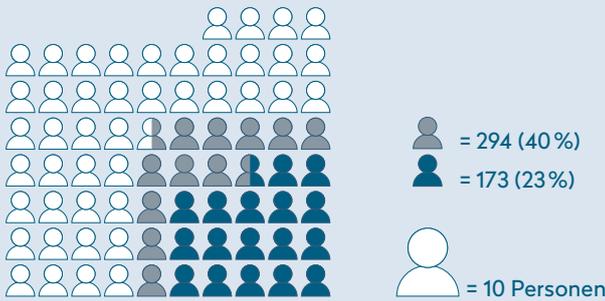
Ein Beispiel hierfür ist eine Person, die nach mehr als neun Jahren bei einem grossen Pharmakonzern (in einer Beratungsfunktion und in der medizinischen Leitung) die Leitung eines Bereichs bei Swissmedic übernommen hatte. Oder der Manager, der nach 18 Jahren in verschiedenen Pharmaunternehmen (darunter Roche und Sandoz) Bereichsleiter bei Swissmedic wurde, bevor er als Compliance-Beauftragter zu Novartis wechselte.

Die Erteilung einer Marktzulassung ist für die Industrie von grosser Bedeutung, da davon die Vermarktung

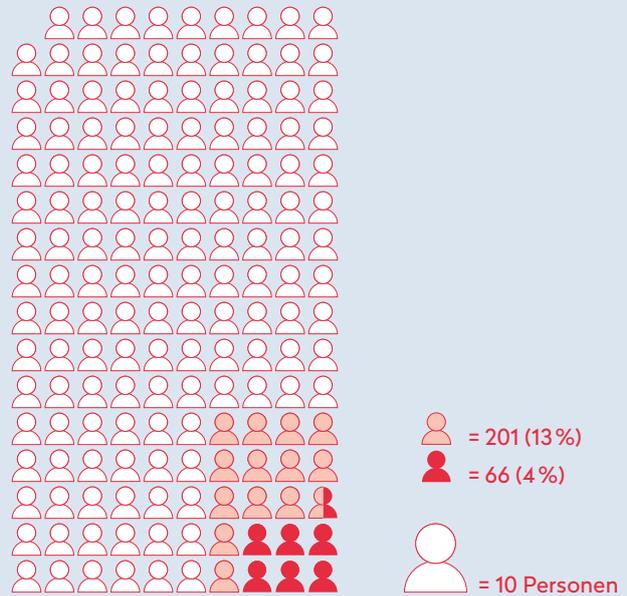
Revolving-Door-Phänomen bei Swissmedic grösser als beim BAG

Zahlreiche Angestellte bei Swissmedic und beim Bundesamt für Gesundheit (BAG) haben auch für die Pharma gearbeitet.

Swissmedic: 741 Personen



BAG: 1591 Personen



Von **741** identifizierten Personen bei Swissmedic haben **294** oder **40%** im Verlauf ihrer Karriere auch im Pharmasektor gearbeitet.

173 oder **23%** dieser 741 Personen haben mindestens ein Mal direkt die Seite gewechselt – entweder zur Pharma oder von ihr weg.

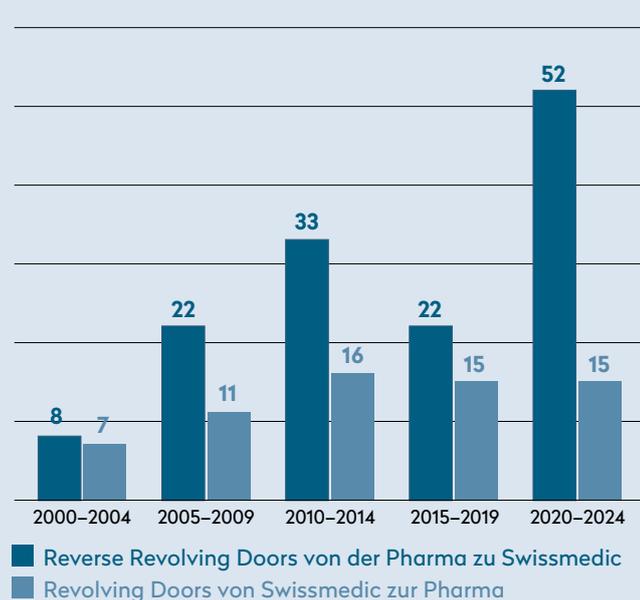
Von **1591** identifizierten Personen beim BAG haben **201** oder **13%** im Verlauf ihrer Karriere auch im Pharmasektor gearbeitet.

66 oder **4%** dieser 1591 Personen haben mindestens ein Mal direkt die Seite gewechselt – entweder zur Pharma oder von ihr weg.

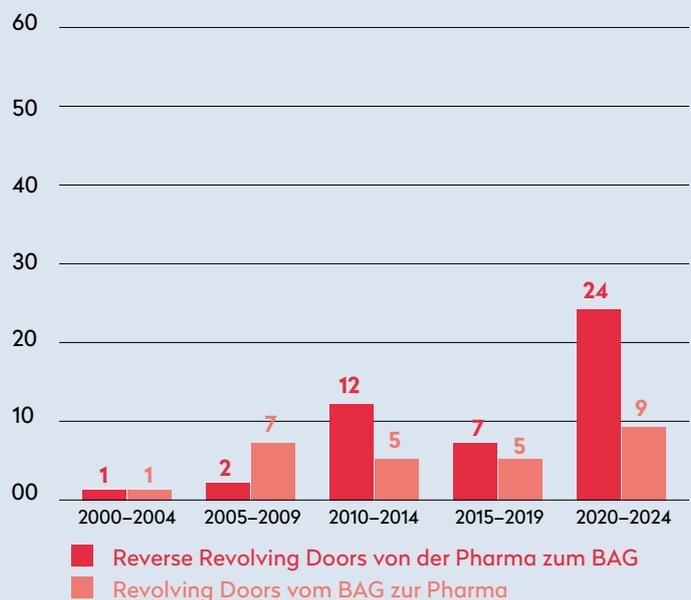
In der Pharma breitet sich das Phänomen der Revolving Doors immer stärker aus

Unsere Recherche ergibt einen starken Anstieg bei den Fällen von Reverse Revolving Door von Pharma zu Swissmedic oder zum Bundesamt für Gesundheit (BAG) in den letzten 25 Jahren. Weniger ausgeprägt ist der Trend bei den Fällen von Revolving Door.

Swissmedic



BAG



eines Medikaments abhängt; erst danach beginnen die Einnahmen zu fliessen. Eine Verzögerung bei der Marktzulassung kann einen Gewinnausfall in Millionenhöhe bedeuten. Aus diesem Grund drängt die Pharmaindustrie hier auf beschleunigte Verfahren, die auch immer häufiger zum Einsatz kommen.

Der Bereich Bewilligungen und Überwachung von Swissmedic – bestehend aus den Abteilungen Klinische Versuche, Inspektionen und Arzneimittel für neuartige Therapien – mit 52 Personen (30 %)

Nehmen wir den Fall eines Analytikers, der 15 Jahre lang in verschiedenen Pharmakonzernen (darunter Novartis) für klinische Versuche verantwortlich war und dann als wissenschaftlicher Mitarbeiter zu Swissmedic wechselte, wo er über zwei Jahre blieb, bevor er als geschäftsführender Gesellschafter eines grossen Pharmaunternehmens in die Privatwirtschaft zurückkehrte. Ein weiteres Beispiel ist eine Person, die nach 15 Jahren in verschiedenen Pharmakonzernen die Regulierung von Arzneimitteln neuartiger Therapien bei Swissmedic leitet.

Klinische Versuche sind ein obligatorischer Schritt, um die Wirksamkeit und Sicherheit eines neuen Medikaments für dessen Zulassung nachzuweisen. Ein bei einer Inspektion festgestellter Mangel oder Daten, die als zu wenig fundiert eingestuft werden, können teuer zu stehen kommen. Zu den Arzneimitteln für neuartige Therapien zählen sowohl Zell- (wie das Krebsmedikament Kymriah von Novartis) als auch Gentherapien – ein boomender Bereich, dessen Regulierung noch ausgearbeitet wird.

Der Direktionsbereich Kranken- und Unfallversicherung des BAG – einschliesslich der Abteilung Arzneimittel – mit 30 Personen (45 % der Personen beim BAG, die einen Seitenwechsel vollzogen haben)

So zum Beispiel ein Apotheker, der in einem grossen Pharmakonzern zehn Jahre als Experte für Regulierungsfragen arbeitete, danach für anderthalb Jahre in die Abteilung Arzneimittel des BAG wechselte, bevor er zu einem der weltweit führenden Biotechnologieunternehmen ging. Oder der ehemalige Bereichsleiter und Vizedirektor des BAG, der nach Ablauf seiner Amtszeit eine eigene Anwaltskanzlei gründete und mehrere Pharmaunternehmen in regulatorischen Angelegenheiten beriet.

Die Festsetzung der Arzneimittelpreise ist für die Pharmaindustrie ein entscheidender Schritt, da die vom BAG festgelegten Tarife direkte Auswirkungen auf die Gewinnmarge haben.

Unsere Recherche deckt auch Fälle des Revolving-Door-Phänomens in anderen für die Pharmaindustrie relevanten Bereichen auf, beispielsweise in der Gesetzgebung zu Heilmitteln und Forschung am Menschen (BAG), zu übertragbaren Krankheiten (insbesondere während

der Covid-Pandemie, BAG), beim Zugang zu Patientendaten (BAG) oder der Harmonisierung der Arzneimittelregulierung (Swissmedic).

Swissmedic und das BAG antworteten auf Anfrage, dass sie sich der Risiken von Interessenkonflikten im Zusammenhang mit Seitenwechseln bewusst seien, äusserten sich jedoch nicht zu den Ergebnissen unserer Umfrage und gaben an, keine Statistiken zu diesem Thema zu führen.

Swissmedic betont, dass Entscheidungen über Zulassungen oder Inspektionen im Team getroffen werden, an dem verschiedene Hierarchieebenen beteiligt sind. Zudem müssen Führungskräfte ihre Einhaltung des Verhaltenskodexes jährlich, die übrigen Angestellten alle zwei Jahre bekräftigen. Zu unseren Fragen nach der Anwendung von Massnahmen im Fall von Seitenwechseln macht Swissmedic keine Angaben und verweist auf die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, die für das gesamte Personal gelten sollen. Die Behörde erklärt, dass sie ihre Regelungen nach einem Audit der Eidgenössischen Finanzkontrolle im Jahr 2020 verbessert habe. Swissmedic erinnert schliesslich daran, dass sie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben auf das umfassende Wissen von Personen aus der Pharmaindustrie angewiesen sei. Umgekehrt sei es aus Sicht der Pharmaindustrie eine «Erleichterung», wenn bei Regulierungsbehörden Menschen arbeiten, die «ihre Sichtweise verstehen».

Das BAG betont, dass Personen mit hohen fachlichen Kompetenzen und fundierten Kenntnissen des schweizerischen Gesundheitssystems «besonders gefragt» und für seine Aufgabe notwendig seien. Es gebe Regeln, wie einen verbindlichen Verhaltenskodex und die geltenden gesetzlichen Bestimmungen, um Interessenkonflikte zu minimieren. Die Behörde nennt jedoch keine Einzelheiten über deren praktische Umsetzung in ihrem Bereich. Das Bundesamt erinnert auch daran,



dass die bestehenden Regeln für alle Arten von Seitenwechseln gelten, auch für den Wechsel von der Privatwirtschaft zum öffentlichen Dienst, erklärt aber, dass Karenzfristen nur für Führungspositionen vorgesehen werden können.

Unzureichende und intransparente Massnahmen

Das Revolving-Door-Phänomen ist nicht neu. Die damit verbundenen Risiken in Bezug auf Interessenkonflikte, Corporate Capture, Korruption und Vertrauensverlust in die Behörden sowie Wettbewerbsverzerrungen sind seit Langem bekannt. «In der Schweiz sind Stellenwechsel zwischen der Verwaltung und der Privatwirtschaft relativ häufig», sagt Urs Thalmann, Geschäftsführer von Transparency International Schweiz. «Auch wenn Seitenwechsel im öffentlichen Interesse sein können, sind die Gefahren der Befangenheit, des illegitimen Zugangs

zu behördlichen Informationen und der Einflussnahme real.» Aus seiner Sicht sollte diesen Gefahren durch verhältnismässige, klare und konsequent angewandte Regeln, etwa Karenzfristen, begegnet werden, und dies insbesondere bei den Wechseln zwischen Regulierungsbehörden und den Unternehmen, die von ihnen beaufsichtigt werden.

Die Schweiz hat lange gebraucht, um allgemeingültige Massnahmen zur Minimierung der Risiken im Zusammenhang mit Seitenwechseln zu ergreifen. Erst nach einer Evaluation durch die Staatengruppe gegen die Korruption des Europarats (Greco, Groupe d'États contre la Corruption) im Jahr 2007, die unter anderem eine Regulierung des generellen Phänomens empfahl, beantragte der Bundesrat Ende 2008 die Gründung einer Interdepartementalen Arbeitsgruppe Korruptionsbekämpfung (Idag Korruptionsbekämpfung). 2020 hat er die Strategie

Methodik

Public Eye hat das Recherchekollektiv WAV beauftragt, aussagekräftige Daten zu sammeln und zusammenzustellen, die Fälle von Revolving Door oder Reverse Revolving Door zwischen der Pharmaindustrie und diesen drei für die Arzneimittelpolitik zuständigen Bundesämtern dokumentieren: Swissmedic, Bundesamt für Gesundheit (BAG) und Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco).*

Diese Recherche basiert hauptsächlich auf Daten aus LinkedIn-Profilen, bei denen es sich um Selbstdeklarationen handelt, die möglicherweise nicht aktuell sind. Diese einschränkenden Faktoren wurden durch den Abgleich eines Teils der Informationen mit anderen Quellen gemildert.

Über ein Premium-Business-Konto auf LinkedIn hat das WAV-Kollektiv manuell eine Liste von Personen erstellt, die Swissmedic, das BAG oder das Seco in ihrem Profil als aktuellen oder ehemaligen Arbeitgeber angegeben haben (Stand: 1. August 2024), und deren berufliche Laufbahn erfasst. WAV hat diese Liste anschliessend anhand folgender drei Quellen ergänzt:

1. Der Staatskalender mit Angaben zum aktuellen Personalbestand der Bundesverwaltung.
2. Die Organigramme der letzten zehn Jahre (2013–2024), die Public Eye bei den drei betroffenen Behörden angefordert hat.
3. Eine ergänzende Internetrecherche, um die beruflichen Stationen von Personen ohne LinkedIn-Profil zu vervollständigen.

Die so gesammelten Informationen wurden manuell in einer Datenbank zusammengetragen, die 3118 Personen umfasst. Public Eye hat diese Datenbank ausgewertet, um Seitenwechsel von und in die Pharma anhand folgender Kriterien zu ermitteln:

- Die Person muss mindestens ein Jahr in einem Pharmaunternehmen sowie mindestens ein Jahr in der betreffenden Bundesbehörde gearbeitet haben.
- Der Wechsel zwischen den beiden Stellen muss direkt erfolgt sein.
- Mit «Pharma» sind Unternehmen gemeint, (1) die in der Forschung und Entwicklung, der Herstellung sowie der Markteinführung von Arzneimitteln tätig sind, (2) die einem Dachverband angehören, der die Brancheninteressen vertritt (z. B. Interpharma oder Intergenerika) und (3) die Beratung und Dienstleistungen auf dem Gebiet des Arzneimittelrechts, der pharmazeutischen Forschung und Entwicklung oder der Regulierung anbieten.

Nicht als Revolving-Door-Phänomen in der Pharma gelten alle direkten Wechsel von oder zu Krankenkassen, Vertriebsgesellschaften (Apotheken, Grosshändler), Labors für Analyse/Diagnostik sowie Unternehmen, die auf Medizinprodukte, Arzneimittel für Tiere, Komplementär-/Naturmedizin, Nahrungsergänzungsmittel oder Kosmetika spezialisiert sind.

* Aufgrund des branchenübergreifenden Mandats des Seco und der geringen Aussagekraft der Ergebnisse (fünf Seitenwechsel in die Pharma) wurden diese in der Analyse nicht berücksichtigt.

DIE EMPFEHLUNGEN VON PUBLIC EYE

Public Eye empfiehlt, folgende Aspekte zu berücksichtigen, um den Vorrang des öffentlichen Interesses gegenüber beruflichen Seitenwechseln zu gewährleisten:

- **Eine Karenzfrist, die derzeit lediglich «möglich» ist, sollte systematisch angewandt werden.** Die Interdepartementale Arbeitsgruppe (Idag) Korruptionsbekämpfung empfahl bereits 2011 für den Fall eines Wechsels in die Privatwirtschaft die Einführung einer Klausel zur Karenzfrist in den Arbeitsverträgen von Führungskräften. Diese Empfehlung wurde bislang nicht umgesetzt: Eine 2019 an das Generalsekretariat der sieben Departemente gerichtete Umfrage ergab, dass eine solche Klausel seit 2016 nur dreimal in Verträge aufgenommen wurde. Der Bundesrat und die Idag Korruptionsbekämpfung scheuen sich, eine breitere und systematischere Anwendung der Karenzfrist zu fordern, und berufen sich dabei auf die Wirtschaftsfreiheit der betroffenen Personen. Diese Argumentation ist wenig überzeugend.
- **Die Dauer der Karenzfrist sollte mindestens 12 Monate betragen.** Dieser Meinung sind auch die UNO und die Greco. Mit einer Dauer von 6 bis maximal 12 Monaten bleibt die Schweiz weit hinter vielen europäischen Ländern zurück, die Karenzfristen von bis zu 36 Monaten vorsehen, zumindest für hochrangige Verwaltungsbeamt*innen. Auch die NGO Transparency International empfiehlt eine Dauer von 12 bis 18 Monaten als «angemessenes Minimum».
- **Die Karenzfrist sollte breiter angewandt werden.** Heute gilt sie in erster Linie für Staatssekretär*innen, Amtsdirektor*innen und Generalsekretär*innen der Departemente sowie deren Stellvertreter*innen. Mitglieder der Geschäftsleitung von Swissmedic oder vom BAG, die nicht Direktor*innen sind und in die Pharmaindustrie wechseln möchten, sind davon grundsätzlich nicht betroffen, obwohl solche Wechsel ein Interessenkonflikt- und Reputationsrisiko für die Bundesverwaltung darstellen können. Hierarchisch niedrigere Positionen sind überhaupt nicht betroffen, obwohl auch sie die kommerziellen Interessen der Pharmaindustrie über das öffentliche Interesse stellen könnten.
- **Auch der Wechsel vom privaten zum öffentlichen Sektor sollte bei der Regulierung und den Kontrollmassnahmen berücksichtigt werden.** Derzeit konzentrieren sich die Massnahmen auf den Wechsel von staatlichen Stellen in die Privatwirtschaft. Bei unserer Recherche haben wir jedoch doppelt so viele Fälle von Reverse Revolving Door entdeckt. Zwar besteht eine Ausstandspflicht, doch basiert diese darauf, wie transparent die Mitarbeitenden ihre Interessenkonflikte offenlegen, und hängt damit stark von der persönlichen Einschätzung ab. Eine systematischere Überprüfung würde eine bessere Erkennung der Risiken ermöglichen. Ein formelleres Verbot für die Ausübung bestimmter Funktionen in der öffentlichen Verwaltung – wie es das Gesetz beispielsweise in Frankreich oder Italien vorsieht – sollte ebenfalls in Betracht gezogen werden.
- **Seitenwechsel sollten offen geregelt werden.** Aufgrund der derzeitigen Intransparenz lässt sich nicht feststellen, ob und in welchem Umfang konkrete Massnahmen ergriffen werden. In einem Bericht von 2018, von dem es in Deutsch nur eine Zusammenfassung gibt, kam die Eidgenössische Finanzkontrolle beispielsweise zum Schluss, dass die Klausel zum Revolving-Door-Phänomen zwar in das Bundespersonalgesetz aufgenommen worden sei, aber «in der Praxis nicht umgesetzt» werde. Mehr Transparenz beim Revolving-Door-Problem in der Schweiz «als grundlegende demokratische Massnahme» – das war auch die Forderung einer Motion im Nationalrat im Jahr 2023, nach dem Wechsel der ehemaligen Seco-Chefin zu Nestlé.

gegen Korruption 2021–2024 erlassen, deren Erneuerung in Kürze erwartet wird.

Mit Massnahmen wie der Pflicht zur Wahrung des Geschäftsgeheimnisses, dem Ausstand im Fall von Befangenheit, der Möglichkeit einer Karenzfrist für bestimmte Personalkategorien – das heisst einer Mindestzeit zwischen dem Ende des öffentlichen Mandats und der Aufnahme einer Tätigkeit in der Privatwirtschaft – und der Zuweisung einer anderen, weniger exponierten Stelle bei Interessenkonflikten hat die Schweiz erste gesetzliche Bestimmungen erlassen, um das Revolving-Door-Phänomen einzudämmen. Einige dieser Massnahmen, beispielsweise die aktuelle Karenzfrist, sind jedoch nicht ausreichend, um wirksam gegen das Revolving-Door-Phänomen und die daraus resultierenden Interessenkonflikte vorzugehen, wie kürzlich von der Greco (2024) sowie durch eine Prüfung der Eidgenössischen Finanzkontrolle (2025) bestätigt wurde.

Aufgrund ihres Status als dezentrale Bundesbehörde verfügt Swissmedic über ihre eigenen Anwendungsregeln in diesem Bereich, wobei keine ausdrückliche Karenzfrist erwähnt wird.

Behörden müssen handeln

Unsere Recherche zeigt, dass Seitenwechsel zwischen der Pharmaindustrie und staatlichen Stellen, die in der Arzneimittelregulierung tätig sind, in der Schweiz gang und gäbe sind. Diese Nähe weckt berechtigte Bedenken hinsichtlich der Unabhängigkeit unserer Regulierungsbehörden, insbesondere wenn solche Personalbewegungen nicht ausreichend reguliert sind. Zudem lässt allein schon die Finanzierung von Swissmedic, deren Budget zu rund 80% aus der Pharmaindustrie stammt, den Verdacht der Befangenheit aufkommen.

Nicht alle Fälle des Revolving-Door-Phänomens bergen dieselben Risiken, und es wäre nicht sinnvoll, solche Seitenwechsel verbieten zu wollen, auch aus verfassungsrechtlichen Gründen. Einige Wechsel aus der Pharmaindustrie in die Verwaltung können nämlich durchaus Vorteile in Sachen Fachwissen aufweisen, sofern mit systematischen Massnahmen das Risiko von Interessenkonflikten und Einflussnahme minimiert wird.

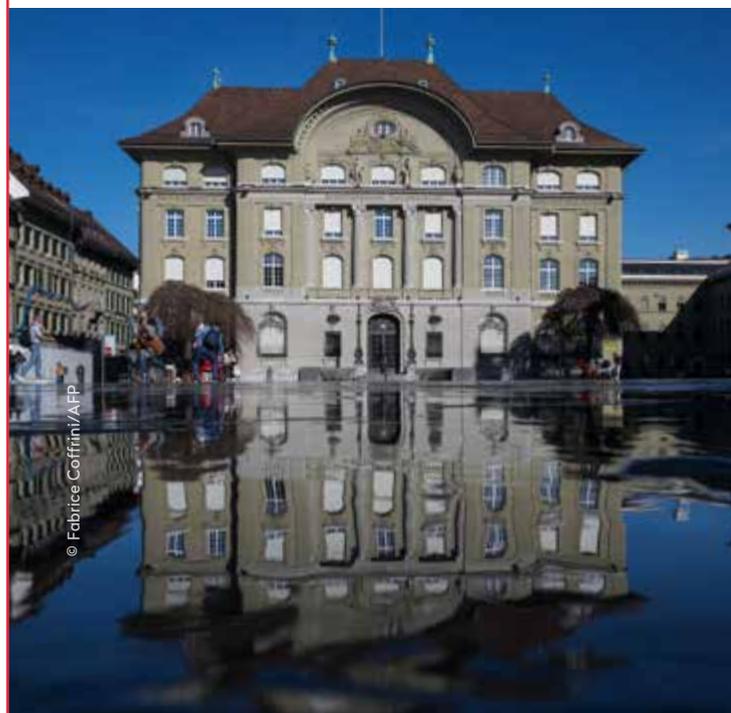
Heute ist jedoch kaum nachvollziehbar, ob und in welchem Umfang die vorgesehene Regulierung tatsächlich umgesetzt wird. Um das Vertrauen der Bevölkerung in die Unabhängigkeit der Behörden zu wahren, braucht es mehr Transparenz. Reine Sensibilisierungsmassnahmen, wie sie die Antikorruptionsstrategie vorsieht, werden nicht ausreichen. Die Bundesbehörden müssen über konkrete Umsetzungsschritte informieren. Wird das Revolving-Door-Problem nicht besser reguliert und kontrolliert, besteht die Gefahr, dass eine Behörde wie Swissmedic eher als Wirtschaftsförderung denn als Regulierungsbehörde im öffentlichen Interesse fungiert. ■

Nationalbank verkauft alle Aktien des Ölriesen Chevron

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) besitzt keine einzige Aktie des US-amerikanischen Konzerns Chevron mehr. Dies ergab eine Analyse des jüngsten Berichts der US-Börsenaufsicht SEC für das erste Quartal 2025. Die Bank der Schweizer Banken hat sich also ihrer Aktien im Wert von über 700 Millionen US-Dollar entledigt, die sie von dem multinationalen Öl- und Gaskonzern gehalten hatte.

Bereits 2017 hatte eine Koalition von NGOs um die Klima-Allianz Schweiz an die SNB appelliert, Chevron aus ihrem Portfolio auszuschliessen. Das Unternehmen sei bekannt «für Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden», insbesondere im ecuadorianischen Amazonasgebiet. Die Erklärung von Bern (wie Public Eye bis 2016 hiess), hatte dem Unternehmen 2015 den Public Eye Lifetime Award verliehen: Chevron wurde wegen der katastrophalen Ölverschmutzungen in Ecuador zum verantwortungslosesten Unternehmen der vergangenen zehn Jahre gekürt.

Die Klima-Allianz Schweiz, zu der auch Public Eye gehört, und die verbündete Organisation Break-Free Schweiz würden es begrüessen, wenn die SNB – mit 900 Milliarden im Ausland angelegten Devisenreserven der achtgrösste institutionelle Investor der Welt – weiter gehen und andere Ölriesen wie den US-amerikanischen Konzern ExxonMobil und die französische TotalEnergies ausschliessen würde. ■





Die neue Initiative zur Konzernverantwortung ist eingereicht

Über 150 Personen haben zusammen mit dem Initiativkomitee am 27. Mai die eindrückliche Zahl von 287 164 Unterschriften für die neue Konzernverantwortungsinitiative bei der Bundeskanzlei eingereicht. Auf der Bundeshausterrasse in Bern versammelten sich neben Vertreter*innen der Zivilgesellschaft zahlreiche engagierte Freiwillige. Auch wir von Public Eye waren vor Ort und haben im Anschluss an die erfolgreiche Übergabe gemeinsam auf den Sammelrekord angestossen.

Die neue Konzernverantwortungsinitiative wurde am 7. Januar 2025 lanciert. Sie verpflichtet Konzerne wie Glencore dazu, bei ihren Geschäften Menschenrechte und Umweltbestimmungen einzuhalten.

Bereits nach 14 Tagen hatten 183 661 Stimmberechtigte die Initiative unterschrieben. Diesen Grosseinsatz hatte der ausserordentliche Einsatz von Tausenden Freiwilligen ermöglicht, die an zwei kalten Januartagen über 1000 Standaktionen organisiert hatten. Auch an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an alle, die sich für dieses wichtige Anliegen eingesetzt haben – sei es an einem Stand, beim Sammeln im Freundeskreis oder beim Verbreiten auf Social Media.



Mehr Infos zur Initiative:
konzernverantwortung.ch

Save the date! Anlass zum Erben und Vererben

Geld, Plattfüsse, Traumata, Traditionen, Schulden, Verantwortung... Was erben wir gerne, worauf würden wir lieber verzichten? Ist erben gerecht? Was machen wir mit unserem Erbe? Diesen und weiteren Fragen geht die interaktive Ausstellung «Hilfe, ich erbe!» im Berner Generationenhaus nach.

Wir laden unsere Leser*innen ein, im Rahmen einer exklusiven Führung gemeinsam diese spannende Ausstellung zu besuchen und sich danach ganz konkret mit dem eigenen Vermächtnis auseinanderzusetzen: Sibyl Matter, Berner Notarin, Mediatorin und Fachanwältin SAV für Erbrecht, wird eine Einführung ins Thema Testament und Nachlassplanung geben. Auch praktische Tipps (z. B. wie man generationsübergreifende Konflikte vermeiden kann) sowie Ihre Fragen rund um Erbrecht, Nachlass und Legate kommen nicht zu kurz.

Sichern Sie sich bereits jetzt einen Platz* bei diesem Anlass, und melden Sie sich über den Link oder den QR-Code unten an! ■

Datum und Ort: 20. Oktober 2025, 15.30–19.30 Uhr im Generationenhaus am Bahnhofplatz 2 in Bern.

* Beschränkte Platzzahl. Es ist möglich, sich nur für das Referat anzumelden.



Mehr Infos und Anmeldeformular:
publiceye.ch/hilfe-ich-erbe

Der aktuelle Podcast:

Luxustaschen für 3 Euro pro Stunde

Wofür stehen Luxustaschen made in Italy? Für Eleganz, Qualität und ... Ausbeutung. Die grossen Luxusmarken lassen sich von Fabriken in der Region Florenz beliefern – dort kämpfen Arbeitsmigrant*innen für ihre Rechte, nachdem sie ausgebeutet und entlassen worden sind. Sie berichten von 70-Stunden-Wochen, falschen Verträgen und miserablen Löhnen beim Zulieferer für die Marke Montblanc der Genfer Richemont-Gruppe. Schaffen sie es, gemeinsam mit der Gewerkschaft die Arbeitsbedingungen in der Luxusindustrie zu verändern? Wie kann es sein, dass von 1350 Franken für eine Luxustasche so gut wie nichts bei den Arbeiter*innen landet? Und weshalb übernimmt der Schweizer Richemont-Konzern keine Verantwortung? Darüber spricht Moderator Nico Meier mit Rechercheur Florian Blumer, der die dunklen Seiten der Luxusbranche vor Ort dokumentiert hat. ■



Sehen Sie den Podcast zum Fall Montblanc:
peye.link/richemont



Wir müssen reden
Public Eye spricht Klartext

Jetzt Petition
unterschreiben:
stop-fast-fashion.ch

ZEIT ZUM AUFRÄUMEN

Für langlebige Kleider
statt Wegwerfmode.

Wo Konzerne lieber im Verborgenen agieren und die Politik dies zulässt, da schaut Public Eye genau hin: Mit Recherchen, Lobbyarbeit, Kampagnen und politischen Vorstößen setzen wir uns dafür ein, dass Schweizer Unternehmen und die offizielle Schweiz ihre Verantwortung zur weltweiten Achtung der Menschenrechte wahrnehmen.

Public Eye, Dinerstrasse 12, Postfach, 8021 Zürich
Tel. +41 (0)44 2 777 999, kontakt@publiceye.ch
Spendenkonto: IBAN CH69 0900 0000 8000 8885 4



publiceye.ch

[@publiceye_ch](https://www.instagram.com/publiceye_ch) [@PublicEye](https://www.facebook.com/publiceye.ch) [@publiceye.ch](https://www.youtube.com/channel/UC...) [@publiceye_ch](https://www.tiktok.com/@publiceye_ch) [@publiceye.ch](https://www.pinterest.com/publiceye_ch)

Globale
Gerechtigkeit
beginnt bei uns

Public Eye